REGIERUNGSBILDUNG

Österreichische Irritationen

"Söders Lehren" vom 11. Januar, "Bist deppert" vom 10. Januar, "Kickl kündigt 'neue Form der Politik' an" und "Herr K. und seine Verbindungen" beide vom 8. Januar:

FPÖ mit ÖVP

In der Not frisst der Teufel Fliegen. Bundespräsident Van der Bellen beauftragt Herbert Kickl mit der Regierungsbildung, und die ÖVP regiert mit der FPÖ, um nicht in der Bedeutungslosigkeit zu versinken. In extremer Not tut man eben Dinge, die man sonst nie tun würde. In einer schwierigen Lage ist scheinbar alles erlaubt.

Die FPÖ wird die ÖVP zwar demütigen, aber nicht mehr abkanzeln und ständig öffentlich angreifen und kritisieren können. Die ÖVP wird klein beigeben, sich anpassen und Federn lassen, sie wird aber nicht automatisch zu allem Ja und Amen sagen. Wenn das alles der FPÖ zu wenig ist, dann gibt es Neuwahlen.

Ohne Bekenntnis der FPÖ zur EU, ihrer Sicherheitspolitik und zu demokratischen Grundregeln geht es auch nicht. Das Regierungsprogramm wird eindeutig die Handschrift der FPÖ tragen, so wie es dem gegenwärtigen Machtverhältnis entspricht. Wie sich die ÖVP in Zukunft, im koalitionsfreien Raum, profilieren könnte, steht noch in den Sternen.

Ich bin schon neugierig, unter welchem positiven Motto das "gemeinsame" Regieren diesmal gestellt werden wird. "Veränderung, Wandel?" Das Leben muss weitergehen. Halten wir durch, bleiben wir wehrhaft und optimistisch.

Egon Hofer, Maria Saal/Österreich

Wer mit Kater aufwacht

Herbert Kickl ist mit der Regierungsbildung beauftragt und wird Kanzler. So weit, so gut. Frischer Wind in die alten Knochen, aber man denke jetzt nicht gleich an die Hofburg! Die Warnungen und entbehrlichen Meldungen aus dem Ausland muten wie Hohn an.

Da sieht der deutsche Kanzler Scholz eine Mahnung, damit man nicht hinterher mit einem Kater aufwacht. Er, dem man das Vertrauen entzogen hat, der ein Garant für politische Einfältigkeit ist und in seiner Regierung auch eine Frau Baerbock sitzen hat, er getraut sich noch zu kritisieren. Deutschland ist gescheitert und mit einem Kater aufgewacht (man denke auch an "Wir schaffen das" und die Minderleistun-

Abonnement: sz.de/abo

pier und online auf der Nachrichtenseite SZ.de und in den werktäglich, freitags mit SZ Magazin.

Monatsbezugspreise inkl. Umsatzsteuer: Zeitung bei Zustellung frei Haus: in Bayern 80,90 Euro, außer

halb Bayerns 82 90 Euro, für Studierende 39 90 Euro (nach Vor age einer Bescheinigung). Weitere Preise (z.B. im Ausland) und Bestellung online. SZ Plus Komplett (inkl. SZ E-Paper): 47,99 Euro, Vorzugspreis für tägliche Abonnenten 9,50 Euro, für Wochenend-Abonnenten 17.50 Euro. Bankkonto: Commerzbank AG (IBAN: DE50 6004 0071 0515 6229 00, BIC: COBADEFFXXX). Auf unbestimmte Dauer geschlossene Abonnements könner jederzeit in Schrift- oder Textform mit einer Frist von einem Monat gekündigt werden, wenn der Vertragsschluss seit dem 1. März 2022 erfolgt ist (bei früherem Vertragsschluss gilt insoweit eine Kündigungsfrist von vier Wochen zum Ablauf des vorausberechneten Bezugszeitraumes). Einzelheiten hierzu sowie zu Abonnements mit vereinbarter Mindest- oder Festlaufzeit

Abonnenten- und Leserservice:

Telefon (089) 21 83-80 80. Fax (089) 21 83-82 07. sz.de/abo

SUEDDEUTSCHE ZEITUNG (USPS No. 0541550) is published daily except sunday and holidays by Sueddeutsche Zeitung GmbH. Subscription price per month: digital edition (SZ Plus Komplett) 47.99 Euro. print edition daily Europe 98,40 Euro / outside Europe and overseas 192,00 Euro. sz.de/abo



Österreichs Bundespräsident Alexander Van der Bellen und FPÖ-Parteichef Herbert Kickl.

FOTO: THOMAS KRONSTEINER/GETTY

gen der gescheiterten Verteidigungsministerin Ursula Von der Leyen).

Und hierzulande beklagt man den etwas autoritären und kompromisslosen Weg, den Kickl eingeschlagen hat. Ja, wer hat ihn denn jahrelang ausgegrenzt und angespuckt? Genau diese Politiker, die heute nicht anders können (Bundespräsident) und zu Kreuze kriechen (Türkis).

Die weiteren Meinungen von Greenpeace und anderen Weltverbesserern sind vernachlässigbar. An Türkis und Rot: Hochmut kommt vor dem Fall. Recht hat er, der Herbert Kickl, und man gebe ihm seine Alfred Mares,

Waidhofen an der Thaya/Österreich

Hinterhergedackelt

Ein Kommentar von Detlef Esslinger, in dem über den 80-jährigen Bundespräsidenten Österreichs der Satz steht: "Ein Präsident von den Grünen, der einem Rechtsextremisten den Auftrag zur Bildung einer Regierung erteilt, ihm seine Hand reicht und ihm hinterherdackelt auf dem Weg in sein eigenes Büro – auch auf diese Idee musste das neue Jahr erst mal kommen."

Dass die Achtung vor der österreichischen Verfassung und die Unfähigkeit der demokratischen Parteien in Österreich so kommentiert wird - auch darauf musste man erst einmal kommen.

Ich schäme mich, wenn ich so etwas in einer Zeitung lese, die ich mit meinem Abonnement unterstützt habe. Und frage mich, wem Herr Esslinger mit diesem Text hinterherdackeln will.



Dass die Süddeutsche in derselben Ausgabe nachrechnet, welche Flugzeuge eine Außenministerin der Grünen benutzt, um in einem gefährlichen Land einen Besuch zu machen, passt ins Bild.

Null relevante Information, kräftige Häme-Reaktion online, vor allem bei denen, die gern selbst in diesen Flugzeugen sitzen und die ganze Klimadebatte am liebsten abschaffen würden. Wir brauchen Medien, die journalistische Regeln ernst nehmen. Solche Texte brauchen wir nicht.

Roland Schaeffer, Hamburg

Demokratisches Dilemma

Leider fehlt mir derzeit das Zutrauen, wie im in Europa (eigentlich zum Glück) verbreiteten Verhältniswahlrecht die Antwort auf die wachsenden populistischen Parteien gefunden und diese aus Regierungen gehalten werden können.

Das Dilemma ist doch: wenn sich zwei bis drei etablierte Parteien auf eine Koalition einigen müssen, bleibt (siehe Ampel oder GroKo) vom ursprünglichen Profil sei es sozial, konservativ, liberal oder grün vor lauter Kompromissen nicht mehr

Irgendwann ist der gemeinsame Nenner dann die Verhinderung der Populisten. Was ebendiesen zurecht vorgeworfen wird einfach nur "gegen" eine Art von Politik zu sein, ohne echte Konzepte zu haben - ereilt dann die Etablierten.

Das Beispiel Trump zeigt, dass auch das Mehrheitswahlsystem nicht der Weisheit letzter Schluss zu sein scheint. Es sollte einen Nobelpreis für Demokratie geben für jene, die dieses Dilemma lösen. Und hoffentlich nicht erst, wenn ÖsterReichskanzler durch Skandale aus dem Amt gekickelt wurde oder sich demokratiefeindliche Parteien, wie kürzlich in Polen, verPISt haben. Peter Rübel, Günzburg

Auf dem Holzpferd

Bei der großartig geschriebenen Seite Drei "Bist deppert" von Verena Mayer über die aktuelle Situation in Wien ist mir eine Kleinigkeit aufgefallen. Das berühmte Holzpferd, das Demonstranten bauten, in Anspielung auf Kurt Waldheims Mitgliedschaft bei der Reiter-SA, steht inzwischen nicht mehr im "Haus der Geschichte" in der Hofburg. Dort habe ich es einst auch noch gesehen.

Mit der Eröffnung, Anfang 2024, des komplett renovierten Wien Museum am Karlsplatz, also quasi dem Wiener Stadtmuseum, wurde es dort im ersten Stockwerk aufgestellt, wo auch eine Miniatur des Stephansdoms und die Originalfiguren des Donnerbrunnens zu sehen sind. Ich bin dort im Dezember 2024 in der neu konzipierten Dauerausstellung zu Besuch

Auf den Monitoren bei den Sitzbänken, an denen sich die Besucher über die jeweiligen Ausstellungsstücke informieren können, heißt es als Erklärung zu dem Holz-

"Das symbolische, wirkmächtige Pferd wurde schon früh in musealen Kontexten gezeigt, erstmals 2005 in der Ausstellung Jetzt ist er bös, der Tennenbaum. Die Zweite Republik und ihre Juden' im Jüdischen Museum Wien. 2016 war das Pferd anlässlich ,30 Jahre Waldheim-Affäre' im Wien Museum zu Gast und ab 2018 im Haus der Geschichte Österreich in Wien. Jetzt stellt es der Republikanische Club dem Wien Museum für die neue Dauerausstellung zur Verfügung. Das Pferd kann aber, wenn notwendig, jederzeit für einen neuen Einsatz verwendet werden."

Wer weiß, vielleicht muss das Pferd ja demnächst wieder mit zur Demonstration?

Von Nordwesten

Hoher Luftdruck über Mitteleuropa sorgt für ruhiges Wetter. Anfangs

ist es oft grau durch Nebel oder Wol-

ken, im Tagesverlauf wird es aber gebietsweise freundlicher. Ein At-

lantiktief bringt der Iberischen Halbinsel kräftige Regengüsse und Ge-

witter. Auch in Südfrankreich, Ita-

lien und später in der Ägäis gibt es

immer mehr Schauer. Auf den Britischen Inseln nimmt die Zahl der

Regenschauer ab. In Skandinavien gibt es ein paar Schneefälle.

Im Norden und im Nordwesten überwiegen graue Wolken, und an der Nordsee und in Schleswig-Holstein gibt es örtlich Sprühregen. Im Osten, über der Mitte und im Süden wird es nach der Auflösung von teilweise zähen Nebelfeldern oft sonnig oder heiter. Nur örtlich kann es neblig-trüb bleiben. Die Höchst-

temperaturen erreichen minus 1 bis plus 7 Grad. Der Wind weht meist

schwach, ganz im Norden mäßig

und an den Küsten frisch um Süd.

Wolken, sonst sonnig oder neblig

Wetterlage

Aussichten

Europa

KLIMANEUTRALITÄT IN BAYERN

Versäumnis mit Ansage

"Söder will Klimaziel auf 2045 verschieben" vom 16. Januar, "Hausbau ohne Bauplan" vom 14. Januar, "Kontroverse über Klimaziel" und Kommentar "Maximal unglaubwürdig" vom 11. Januar:

Verschoben auf St. Nimmerlein

Man kann genau sagen, wann Söder und Aiwanger die Klimaziele erreichen wollen: am Sankt Nimmerleinstag. Das ist in dem an Feiertagen reichen Land der höchste Feiertag. Diese räudige Katze wenige Wochen vor der Wahl aus dem Sack zu lassen ist gewagt, fast schon anständig. Eine sachliche, von Wissenschaft geprägte Debatte kann für die Union nur nach hinten losgehen. Karl Boscher, Unterschleißheim

Verlogen und unverschämt

Der geheime "interne Beschluss" der bayerischen Staatsregierung ist ein trauriges Beispiel für einen verlogenen Umgang der Regierung mit den Menschen in Bayern. Es ist fatal, dass wenige Monate nach den milliardenschweren Hochwasserschäden im Sommer 2024 jeglicher Schwung für einen engagierten Klimaschutz fehlt und klammheimlich die Klimaziele in Bayern "kassiert" wurden. Grundfalsch ist aber auch die Begründung, dass die Klimaziele ohne Atomkraft nicht zu erreichen wären. Tatsache ist, dass gerade im Kraftwerksbereich die größten Einsparungen der Klimagase erreicht wurden. Bundesweit ist die CO2-Einsparung in diesem Bereich seit 1990 bei 58 Prozent. Die Kohleverstromung ist auf dem niedrigsten Stand seit mehr als 50 Jahren. Der Anteil der erneuerbaren Energien ist ebenfalls auf einem Höchststand. Tatsache ist: Die Klimaziele werden in Deutschland hauptsächlich in den Bereichen Verkehr und Gebäude nicht eingehalten. Während erneuerbare Energien boomen, polemisiert die CSU aber gegen das Verbrenner-Aus ab 2035 und gegen den Tausch fossiler Heizungen. Unverschämt ist, dass die Regierung einen solchen Beschluss in aller Heimlichkeit fällt. Sogar jetzt nach Bekanntwerden der Richtungsänderung geben sie den Text des geheimen Beschlusses nicht heraus. Das Verhalten von Söder und Aiwanger grenzt an die Politik autokratischer Staaten und ist einer Demokratie unwürdig. Rudi Amannsberger, München

Landtag müsste intervenieren

Als Satire wäre es gelungen – als Beschreibung realer Abläufe löst es Befürchtungen und Fragen aus: zum Beispiel die, ob der Landtag in Bayern bereits abgeschafft ist, oder ob es noch Abgeordnete gibt, die laut und deutlich "Stopp" sagen. Vielleicht sogar der Staatskanzlei und den Ministerien den Auftrag erteilen, für die Klimaziele 2040 konkrete Maßnahmen und Handlungsschritte zu erarbeiten. Ich träume davon, solche könnte es sogar in der CSU-Fraktion geben. Wenn sie da dann dabei sind, können sie sich auch gleich überlegen, was es braucht, dass ihre Partei nicht den Weg der Republikaner geht, sondern Großfürst Markus zurück auf den Teppich holt. Zur inhaltlichen Argumentation eignet sich - falls das noch nötig ist - übrigens die Seite 8 der Wochenendausgabe der SZ vom 11./12. Januar: "2024 war das erste Jahr jenseits von 1,5 Grad". Ach ja, vielleicht noch wöchentliche Auffrischungssitzungen zu "Grundlagen der Demokratie" Barbara Just, München oder "Bayern – nach der Abschaffung der

Monarchie". Mit Teilnahmeverpflichtung aller Minister und auch der Herren Aiwanger und Söder. Stefan Werner, Würzburg

Stammtischminister

Wie lange können wir in Bayern noch einen Wirtschafts- und Energieminister akzeptieren, der die Klimaziele leugnet? Man wundert sich ja gar nicht so, dass der FW-Vorsitzende im Wahlkampf der AfD hinten und vorne reinkriecht. Schlimm ist aus meiner Sicht, dass ein zuständiges Kabinettsmitglied immer noch nicht begriffen hat, wie wichtig die Transformation hin zum Klimaschutz für das Überleben unserer Wirtschaftsbetriebe ist. Mein Appell an Herrn Söder: Entlassen Sie Ihren Stellvertreter aus seinem bisherigen Amt, er ist an den niederbayerischen Stammtischen bes-Max Keil, Puchheim ser platziert.

Mut zur Wahrheit

"Die aktuellen Umweltzerstörungen sind heute bereits so groß, dass in einem überschaubaren Zeitraum - wohl in den nächsten 30 Jahren - die Existenz des Menschen in Frage stehen und ein großer Teil der Erde für den Menschen unbewohnbar sein dürfte", schrieb der renommierte Geograf Werner Bätzing in seinem Buch "Homo Destructor" 2024. Leider wird jedoch aus der Sicht des Direktors des Potsdam-Instituts für Klimaforschung, Ottmar Edenhofer, etwa der Klimaschutz im laufenden Bundestagswahlkampf weitgehend ignoriert. Stattdessen besteht ein Wettbewerb aller Parteien um die besten Möglichkeiten, mehr Wirtschaftswachstum herbeizuführen. Laut Zeitungsbericht hat die bayeri sche Staatsregierung schon im November die eigenen Klimaziele zurückgestellt und die anvisierte Klimaneutralität auf 2045 verschoben. Als möglichen Ausweg formulierte Bätzing: "Habe Mut, deine eigenen Grenzenlosigkeiten infrage zu stellen und dich auf das richtige Maß zwischen einem Zuviel und Zuwenig zu konzentrieren." Andreas Reuß, Bamberg

KORREKTUREN

>>> Im Essay "Der Lügner" vom 18./19. Januar stand, dass Judas Jesus dreimal verleugnet habe. Das ist nicht korrekt. Es war Petrus, der Jesus verleugnete. Der im Text erwähnte Bauer Rupp stamm-

te nicht aus Neustadt an der Donau, son-

dern aus Neuburg an der Donau.

» Im Beitrag "Eine Frage der Augenhöhe" in der Ausgabe vom 23./24. November 2024 konnte der falsche Eindruck entstehen, die Berliner Zeitung hätte in einer rechtlichen Auseinandersetzung gegen den Spiegel eine Unterlassungsverfügung erwirkt. Zutreffend ist, dass sich die Medien vor Gericht auf einen Vergleich geeinigt

Leserbriefe sind in keinem Fall Meinungsäußerungen der Redaktion, sie dürfen gekürzt und in allen Ausgaben und Kanälen der Süddeutschen Zeitung, gedruckt wie digital, veröffentlicht werden, stets unter Angabe von Vor- und Nachname und des Wohnorts. Schreiben Sie Ihre Beiträge bitte unter Bezugnahme auf die jeweiligen SZ-Artikel an forum@sz.de.

DAS WETTER

20° bis 25



Wohin wählt sich **Deutschland?**

Wir zeigen, was die Entscheidung von heute für das Morgen bedeutet.



Jetzt bestellen unter: sz.de/neuwahlen2025 %089 / 089 2183-9927 🥸

Eine Aktion der Süddeutsche Zeitung GmbH

Süddeutsche Zeitung



10° bis 15° 5° bis 10° 0° bis 5° -5° bis 0° -10° bis -5° Dresder Frankfurt

Mittwoch Donnerstag

29.01.

Maximum 1899: 12,2°C / Minimum 1942: -27,0°C

05.02.

12.02

00:15

Wetterhistorie München

21.01.

07:54

Nullgradgrenze: 1800 m

Deutschland

wolki Passau Schleswig Spr.reg wolkig Stuttgar

Mischfron Tief BWarmluf





Quelle: w.wetterkontor.de

Weltwetter		heu
Abu Dhabi	wolkig	
Bangkok	wolkig	3
Bogota	Schauer	
Boston	wolkig	
Buenos Aires	wolkig	3
Chicago	wolkig	-1
Delhi	heiter	- 2
Denver	wolkig	
Dom. Republik	heiter	- 3
Havanna	wolkig	1
Hongkong	heiter	
Houston	Schn.sch.	
akarta	Gewitter	2
erusalem	wolkig	1
ohannesburg	heiter	7
Kabul	wolkig	
Kairo	wolkig	
Kuwait	heiter	1
La Paz/Bol.	Schauer	
Lima	wolkig	- 7
Los Angeles	heiter	
Malediven	Schauer	- 3
Manila	wolkig	
Mekka	sonnig	- 2
Mexiko-Stadt	wolkig	- 2
Miami	Spr.reg.	
Montreal	Schnee	-:

San Francisc

Tel Aviv

Tokio

heite

DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de